



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

Neuausrichtung der Bundeswehr

Regierungserklärung des Bundesverteidigungsministers

Zum Stand und zu den Perspektiven der Neuausrichtung der Bundeswehr – rund drei Jahre nach ihrem Start – äußert sich Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière an diesem Donnerstag in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.

Bevor er zum eigentlichen Thema seiner Rede kam, erinnerte er, wie vor ihm bereits Bundestagspräsident Norbert Lammert, an den deutschen Soldaten, der am 4. Mai in Afghanistan gefallen ist. „Wir trauern um diesen Kameraden, sind in Gedanken mit den Angehörigen, mit denen der Generalinspekteur und ich auch sprechen konnten. Der Tod unseres Soldaten, wie aller Gefallenen, ist uns Auftrag und Verpflichtung für unsere Arbeit in Afghanistan, in allen Einsätzen. Und auch in Deutschland, auch im Grundbetrieb und auch in der Neuausrichtung.“

Die Neuausrichtung sei keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen – sie „ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage“, stellt de Maizière heraus. Sie sei nicht nur eine Strukturreform mit dem Aufbau, Umbau und Abbau von Behörden, mit Standortschließungen und Umgruppierungen von Einheiten und der Aussetzung der Wehrpflicht – sondern sie ist auch „ein geistiger Prozess, der das Selbstverständnis der Bundeswehr berührt“, so der Minister. „Sie ist ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr.“

Nicht nur aus nationaler Perspektive sei die Neuausrichtung elementar. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, unterstreicht de Maizière. Die Neuausrichtung schaffe die Voraussetzung dafür, dass Deutschland seine internationale Verantwortung auch sicherheits-

politisch und militärisch erfüllen könne, ergänzt er. „Sie ist ein deutliches Signal an unsere Verbündeten und Partner. Dort wird dies erkannt – und anerkannt“, stellte er weiter heraus. Demzufolge sei die Bundeswehr ein zentrales Instrument deutscher Sicherheitspolitik. Dazu müsse sie über die passenden Mittel, die richtigen Instrumente, gut ausgebildete Menschen und eine nachhaltige Finanzierung verfügen, beschrieb er die Voraussetzungen für diese Aufgaben. Nur so könne sie der Politik ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Handlungsoptionen bieten.

Das Prinzip „Breite vor Tiefe“ mache eine Arbeitsteilung mit den Bündnispartnern innerhalb Europas und der NATO „überhaupt erst möglich“, so de Maizière. Der Ansatz würde Deutschland verschiedene sicherheitspolitische Optionen offenhalten. „Wir müssen nicht alles können, aber viel“, stellte er heraus.

Welch ein hochkomplexes Gebilde die Bundeswehr ist, erläutert er anhand eines Vergleichs mit einem global agierenden Konzern „mit bisher 300.000 Mitarbeitern an rund 400 Standorten, mit Kampftruppe, einem Luftfahrtunternehmen, einer Reederei, einem Krankenhausverbund, einem Logistikunternehmen, mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat“, führte er aus. „Ein solch komplexes Gebilde grundlegend zu verändern, ist überall schwierig“, betont der Minister. „Nur: Die Bundeswehr ist kein global agierender Konzern. Wir sind die Bundeswehr mit einem hoheitlichen Auftrag.“ Darüber hinaus gab de Maizière einen Überblick über den weiteren Zeitplan der Neuausrichtung: „Spätestens 2017 wollen wir fertig sein“, betonte der Minister seine Zielvorgabe. De Maizière stellte weiterhin heraus, dass die geplanten Strukturen demografiefest seien und auf einer realistischen Personalplanung basierten.

Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen!

Sicherheit ist das ‚A und O‘ im Straßenverkehr. Jeder Verkehrstote und Verletzte ist einer zu viel. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Verkehrssicherheit in Deutschland zu erhöhen und dafür die richtigen Anreize zu schaffen. Dazu gehören unter anderem auch der Umbau von Unfallschwerpunkten, die Bereitstellung sicherer Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für intelligente Fahrzeugtechnik. Punktueller Tempolimits sind sinnvoll, wo schlechte Sichtbedingungen herrschen oder andere Gründe die Verkehrssicherheit gefährden. Hierdurch und auch durch Baustellen ist auf 40% aller Streckenabschnitte das Tempo bereits reduziert. Aber ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist nicht sinnvoll. Das ist reine Gängelei. Dabei unterbietet Sigmar Gabriel mit seiner Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h sogar noch die eigene Partei. Die SPD hatte sich in ihrem Parteitagebeschluss von 2007 auf 130 km/h geeinigt. Im Übrigen sind in Österreich, wo auf Autobahnen ein Limit gilt, bezogen auf die gefahrenen Kilometer mehr Verkehrstote als in Deutschland zu beklagen.

Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte.

Alle Umfragen zeigen es seit Jahren: Im Vergleich zu anderen Ländern ist bei uns eine „Unternehmerkultur“ viel geringer ausgeprägt. Wer mit seinem Unternehmen insolvent wird, gilt häufig auch gesellschaftlich als gescheitert. Wir wollen aber, dass Gründer eine zweite Chance erhalten. Daher hat der Bundestag in dieser Woche das Restschuldbefreiungsverfahren neu geregelt. Im Wesentlichen wird die Dauer des Verfahrens von derzeit sechs auf drei Jahre halbiert, sofern der Schuldner innerhalb dieses Zeitraumes zumindest einen Teil der Insolvenzforderung erfüllt hat. Neben diesem zentralen Element sieht der Gesetzentwurf eine Reihe von Änderungen vor, durch die das Restschuldbefreiungs- und das Verbraucherinsolvenzverfahren flexibler, effektiver und weniger aufwändig gestaltet werden soll.

Sozialer Ausgleich in Deutschland funktioniert

Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zufolge geht die Behauptung, die Einkommen und Vermögen in Deutschland seien zunehmend ungleich verteilt, an der Realität vorbei. Bei

den staatlichen Transferleistungen liege die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf Platz 6 jener Länder, in denen die unteren Einkommensbereiche am meisten profitierten. Deren Nettoeinkommen bestehe zu über 60 % aus Transferleistungen. Nicht zutreffend sei ferner die Kritik, der Niedriglohnssektor werde immer größer. Sein Anteil stagniere vielmehr seit 2007 bei rund 22 %. Auch die Zahl der sogenannten Hartz-IV-Aufstocker und damit der Menschen, die von ihrer Vollzeitfähigkeit nicht leben könnten, sei in den vergangenen Jahren um 50.000 auf 290.000 im Jahr 2011 gesunken. Positiv anzumerken bleibe weiter, dass der soziale Aufstieg durch Bildung in Deutschland nach wie vor Realität sei. Knapp ein Drittel der Personen zwischen 35 und 44 Jahren seien gemessen am Bildungsabschluss ihres Vaters Bildungsaufsteiger. Fast 20 % der Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten hätten einen Uni-Abschluss oder gingen zur Hochschule – ein Viertel mehr als noch in den 1990er Jahren.

Fortsetzung erfolgreicher Pirateriebekämpfung

Der Deutsche Bundestag hat eine Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes zur Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias zugestimmt. Bis zu 1.400 Soldaten sollen weiterhin bei der Operation Atalanta eingesetzt werden können.

Konjunktur nimmt an Fahrt auf

Die deutsche Wirtschaft wird nach einer Wachstumsdelle im vergangenen Winterhalbjahr im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,75% und 2014 um gut 1,5% wachsen. So lautet die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die von der Frühjahrsumfrage des Instituts zusätzlich untermauert wird. Die rund 3.000 befragten Unternehmen in Deutschland beurteilen ihre aktuelle Lage besser als noch im Herbst 2012. Ebenso gehen 37% der befragten Unternehmen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus, während nur 18% eine geringere Produktionsleistung erwarten. Da sich die Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft seit dem Herbst 2012 verbessert haben, rechnen inzwischen 28% der Unternehmen für den weiteren Jahresverlauf mit steigenden Ausfuhren. Durch die gute Konjunktur planen weiterhin auch 29% der Unternehmen, im laufenden Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Nur 19% gehen von einem Personalabbau aus. Somit werden in diesem Jahr voraussichtlich 270.000 neue Arbeitsplätze entstehen.